



# PRESSEDIENST

## **Personalräte fordern: Schluss mit dem Personalabbau** Beispiel: dramatische Verhältnisse im Ausländeramt Bremen

Der Personalabbau im bremischen öffentlichen Dienst, dem in den letzten Jahren schon über 5.000 Arbeitsplätze zum Opfer gefallen sind, führt zu einer spürbaren Verschlechterung des Dienstleistungsangebotes für die Bürgerinnen und Bürger. Dieser Zustand muss dringend beendet werden. Das ist die einhellige Forderung der TeilnehmerInnen einer Personalrätekonferenz am heutigen Donnerstag. Schon jetzt liegt die Personalausstattung in vielen Bereichen deutlich unter dem, was zur Wahrnehmung der Aufgaben unerlässlich ist. Unzumutbare Zustände für die Bürgerinnen und Bürger und unerträgliche Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sind die Folge.

Am Beispiel des Ausländeramtes wurde die Situation eindringlich geschildert. Waren dort 1984 für rund 45.000 in Bremen lebende ausländische MitbürgerInnen 20 Beschäftigte im allgemeinen Ausländerrecht zuständig, sind es heute 21 Beschäftigte, einige von ihnen in Teilzeit, für 70.000 ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen. Im Städtevergleich: in Hannover gibt es in der Ausländerbehörde bei etwa gleich vielen ausländischen MitbürgerInnen die Hälfte mehr Beschäftigte. Gleichzeitig sind trotz moderner Informationstechnologien viele Arbeitsabläufe durch neue gesetzliche Vorgaben, beispielsweise die Erfassung biometrischer Daten, weitaus komplizierter geworden. Infolge dieser Überlastung müssen AntragstellerInnen oft nächtelang vergeblich warten. Aber auch für die Beschäftigten ist diese Situation außerordentlich belastend, so dass Erkrankungen zunehmen.

Die Situation beim Ausländeramt ist nur ein krasses Beispiel für die Entwicklung in vielen Bereichen des bremischen öffentlichen Dienstes, wie an Beiträgen aus unterschiedlichen Dienststellen deutlich wurde. Dennoch soll der Personalabbau in den nächsten vier Jahren noch weiter verschärft werden. Die Personalräte wollen das nicht hinnehmen und fordern von der Politik eine Umorientierung, um für die Bürgerinnen und Bürger gute öffentliche Dienstleistungen zu sichern.

